

V6 Investitionen in Bildung sind unser Wachstum von morgen

Antragsteller*in: Jonas Wysny (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Bildungssystem in der Rezession

2 Millionen Pädagog*innen und Lehrkräfte in Deutschland gestalten mit viel
3 Engagement den Kita- und Schulalltag von Kleinkindern, I-Dötzchen,
4 Siebtklässler*innen und angehenden Abiturient*innen. Sie investieren Zeit,
5 Energie und Herzblut, um Lernumgebungen zu schaffen, in denen Neugier,
6 Kreativität und Selbstvertrauen wachsen können, denn Erzieher*innen,
7 pädagogische Ergänzungskräfte, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und andere in
8 Kita, Schule und Jugendhilfe Beschäftigte wissen um das Potenzial der Kinder und
9 Jugendlichen. Zum Glück entscheiden sich derzeit immer mehr Menschen dazu, in
10 Bildungsberufen tätig zu werden. In Kindern und Jugendlichen steckt enormes
11 Potenzial – sei es in ihrer Denkweise, ihrem sozialen Gespür oder ihrer
12 Fähigkeit, neue Wege zu gehen! Wenn wir dies erkennen und fördern, entstehen
13 starke Perspektiven für die Zukunft unserer Gesellschaft.

14 Deswegen ist es gut, dass wir Grünen uns insbesondere auf Landesebene in
15 schwierigen Zeiten für eine Stärkung von Bildungseinrichtungen einsetzen.

16 Aber es gibt ein Problem: Das deutsche Bildungssystem ist
17 überarbeitungsbedürftig. Die Zahl der Kita-Plätze deckt den vorhandenen Bedarf
18 nicht annähernd. Es fehlt an pädagogischem Personal und Lehrkräften; Kitas und
19 Schulen platzen aus allen Nähten, Zeit für die Entwicklung sozialer Kompetenzen
20 bleibt kaum noch; bei der Digitalisierung stehen wir weit hinter den
21 Möglichkeiten zurück und die Schulgebäude sind zum Großteil massiv
22 abgewirtschaftet. Die Zahl der Schüler*innen, die die Schule ohne Abschluss
23 verlassen, steigt 2022 auf rund 7 Prozent. [1] Gerade Kinder und Jugendliche aus
24 sozioökonomisch schwachen Familien sind davon betroffen. [2]

25 Seit 10 Jahren befindet sich Deutschland bei Kompetenzmessungen wie der PISA-
26 Studie im Abwärtstrend. [3] In Zeiten, in denen Handwerksbetriebe und soziale
27 Einrichtungen nicht mehr genügend Auszubildende finden und Ingenieur*innen und
28 IT-Spezialist*innen händeringend gesucht werden, schafft es das deutsche
29 Bildungssystem nicht, Kinder und Jugendliche auf das Leben und die Arbeit
30 vorzubereiten. Und das in einem Land, dessen wichtigste Ressource Bildung ist.
31 Dabei ist Schule nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch ein
32 zentraler Raum für gelebte Demokratie. Hier lernen Kinder und Jugendliche, sich
33 eine eigene Meinung zu bilden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und
34 respektvoll miteinander umzugehen – Grundlagen für eine demokratische und
35 solidarische Gesellschaft.

36 Kurzum: Es braucht eine radikale Weiterentwicklung des Bildungssystems. Es
37 braucht ein Deutschland an der Spitze herausragender Bildung – auch um
38 wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben und unsere Demokratie zu stärken.

39 Rückstände aufholen

40 Die vielschichtigen Probleme sind nicht gestern entstanden und wir werden sie
41 nicht morgen sofort beheben. Für einige Herausforderungen müssen erst Lösungen
42 entwickelt werden, für andere liegen schon Lösungsansätze vor. Eines ist aber
43 jetzt schon klar: Für viele notwendige Entwicklungen brauchen wir viel mehr
44 Geld.

45 Bund, Länder und Kommunen haben 2024 insgesamt 192 Milliarden Euro für Bildung
46 ausgegeben. Das entspricht 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Darunter
47 fallen die Ausgaben für frühkindliche Bildung genauso wie die für (Berufs-
48)Schulen, Hochschulen und die der Jugend(verbands)arbeit. [4]

49 Der Thinktank Dezernat Zukunft hat für die Bundestagswahl berechnet, dass wir in
50 den nächsten Jahren zusätzliche Bildungsinvestitionen in Höhe von circa 127
51 Milliarden Euro benötigen – allein um derzeitige Standards zu erfüllen und nur
52 die Grundfinanzierung sicherzustellen. Dieses Geld wäre allein dafür nötig, die
53 bestehende Infrastruktur zu sanieren, neue Gebäude für den steigenden Bedarf an
54 Kita- bzw. Ganztagsschulplätze zu bauen und den derzeitigen Lehrkraft-Schüler-
55 Schlüssel beizubehalten. Es handelt sich dabei ausdrücklich um eine konservative
56 Schätzung. [5] Die Weiterentwicklung von Kita- und Schulgebäuden zu modernen
57 Lern- und Erfahrungsorten, in denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen, ist
58 da noch gar nicht eingepreist, ebenso wenig wie die Kosten für zusätzliches
59 Personal, das nötig wäre, um eine angemessene pädagogische Arbeit zu leisten.

60 Bildung zukunftsfähig machen

61 Bei den 127 Milliarden handelt es sich also um einen Mindestbetrag der
62 zusätzlichen Investitionen in unser Bildungssystem, um auf dem bisherigen Niveau
63 weiterzumachen. Aber für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, für die
64 Zukunft Deutschlands als Bildungsnation wird es nicht ausreichen, nur die
65 bisherigen Standards zu halten. Vielmehr müssen wir gezielt mehr Geld in die
66 Hand nehmen, um Kita- und Schulgebäuden zu modernen Lern- und Lebensorten zu
67 machen, in denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen und frei entfalten
68 können. Vor allem aber müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen, um
69 Bildungsinstitutionen zu attraktiven und zukunftsfesten Arbeitgeberinnen zu
70 machen. Kinder verbringen heute wesentlich mehr wache Zeit in
71 Bildungseinrichtungen als früher, im Durchschnitt sogar mehr als zuhause. [6] Ab
72 August 2026 haben Grundschulkinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der
73 Offenen Ganztagschule, wodurch davon auszugehen ist, dass die Zahl der Kinder
74 in den Betreuungsangeboten im Nachmittagsbereich steigen wird. Auch
75 weiterführende Schulen entwickeln sich immer weiter zu Ganztagschulen. Damit
76 steigen auch die Erwartungen an das pädagogische Personal und an die Lehrkräfte
77 hinsichtlich der Unterstützung bei der sozialen und emotionalen Entwicklung der
78 Kinder. Wir leben in einer Zeit, die für viele Kinder- und Jugendliche
79 krisenbehaftet ist. Diesen Umstand müssen wir ernstnehmen und begegnen. Wir
80 brauchen starke und resiliente Kinder- und Jugendliche für unsere Zukunft. Und
81 deshalb müssen viel mehr personelle Ressourcen geschaffen werden, um junge
82 Menschen da abzuholen und zu begleiten, wo sie Unterstützung brauchen.

83 Wenn wir bedenken, dass in den ersten 6 Lebensjahren der Grundstein für die
84 Entwicklung und Bildung von Menschen gelegt wird, sollten wir ein Interesse

85 daran haben, dass die fähigsten Pädagog:innen in Kitas arbeiten. Um kompetente
86 Pädagog*innen im System zu halten und dafür zu gewinnen, müssen wir das
87 Berufsfeld der frühkindlichen Bildung finanziell so attraktiv wie möglich
88 gestalten und massiv in Aus- und Weiterbildung investieren. Nur in materiell und
89 personell gut ausgestatteten Bildungsinstitutionen können Kinder und Jugendliche
90 Zukunftskompetenzen entwickeln. Wir wollen junge Menschen in ihrer
91 Konfliktfähigkeit, bei der Verantwortungsübernahme und in ihrem
92 Reflexionsvermögen stärken, damit sie fit für die Zukunft sind. [7]

93 Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, Integration und Inklusion zu leben,
94 brauchen wir multiprofessionelle Teams in unseren Bildungseinrichtungen. Es
95 braucht Erwachsene, die sich Zeit nehmen können für Kinder und Jugendliche und
96 ihnen damit zeigen, dass sie ein ernsthaftes Interesse an deren persönlicher
97 Entwicklung haben. In sozioökonomisch herausfordernden Lagen ist der
98 Unterstützungsbedarf in der Regel höher als an Schulen und Kitas in weniger
99 herausfordernden Lagen. Deswegen brauchen wir besonders dort zusätzliche
100 Personalressourcen.

101 Darüber hinaus braucht gute Bildung und gelingendes Aufwachsen eine starke
102 soziale Infrastruktur. Wir sind überzeugt, dass neben Kitas und Schulen auch der
103 Jugendhilfe und ihren unterschiedlichen Angeboten eine zentrale Rolle bei einer
104 ganzheitlichen Entwicklung junger Menschen zukommt. Kinder- und Jugendarbeit ist
105 kein Plus in guten Zeiten, sondern ein wichtiger Baustein für mehr Teilhabe,
106 Chancengerechtigkeit und Demokratiebildung. Deshalb darf hier auch nicht der
107 Rotstift angesetzt werden, wenn es um eine generationengerechte Politik geht.
108 Einrichtungen der Jugendhilfe sind Lebens-, Lern- und Entwicklungsräume.

109 Kinder und Jugendliche müssen Einfluss nehmen können auf das, was in Kita und
110 Schule passiert. Sie haben ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation in
111 Schulen und Kitas. Statt permanentem Notendruck brauchen sie Freiräume. Der
112 klassische Unterricht muss weiterentwickelt werden, sodass Schüler*innen
113 motiviert lernen und Kompetenzen erlangen, die ihnen im Leben und Beruf wirklich
114 weiterhelfen.

115 Außerdem müssen wir Schulen endlich als das begreifen, was sie auch sind:
116 Mittelständische Unternehmen. An Gesamtschulen in NRW ist eine Personalzahl von
117 mehr als 100 Mitarbeitenden nicht unüblich. Ein Unternehmen dieser Größe, das
118 von seinen Mitarbeitenden erwartet, ihren eigenen Laptop und eigenes Material
119 mitzubringen, wäre in der freien Wirtschaft undenkbar. Wir brauchen Arbeits- und
120 Arbeitsplatzstrukturen in Schulen, die unserer Zeit und dem Arbeitsaufwand
121 angemessen sind. Dazu gehört insbesondere die Einstellung von Fachkräften, die
122 sich um die bürokratischen Aufgaben in IT und Verwaltung kümmern, die in den
123 letzten Jahren dazugekommen sind sowie die Stärkung der Rolle der Schulleitung.

124 **Wachstum durch Bildung**

125 Gute Bildung für alle ist ein Wert an sich. Der positive Nebeneffekt ist: Gute
126 Bildung ist eine profitable Investition in unsere Wirtschaft von morgen. Wenn
127 der Staat heute Geld in die Hand nimmt, um Kita- und Ganztagschulplätze
128 auszubauen, dann können schon in ein paar Jahren mehr Eltern erwerbstätig
129 arbeiten, sodass Unternehmen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es ist

130 bewiesen, dass gerade Frauen weiterhin die größte Care-Arbeit übernehmen und in
131 Teilzeitstellen arbeiten.

132 Langfristig führen Investitionen in gute Bildung zu mehr und besseren
133 Schulabschlüssen. Wer einen höheren Schulabschluss hat, verdient später mehr
134 Geld und zahlt mehr Steuern. Gleichzeitig sinken die staatlichen
135 Transferleistungen, weil durch Bildung nachweislich die Zahl der
136 Langzeitarbeitslosen. [8] [9]

137 Investitionen in gute Bildung zahlen sich also langfristig aus. Darüber sind
138 sich auch Wirtschaftswissenschaftler*innen einig, die die finanziellen
139 Auswirkungen von Investitionen in Bildung untersuchen [10] [11]:

140 • Bei ausgiebigen Investitionen in Kitas und Schulen kann das
141 Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozent steigen. [12]

142 • Ein „weiter so“ im Bildungssystem könnte hingegen uns über viele Jahre
143 hinweg bis zu 14 Billionen Euro kosten. Denn internationale Daten zeigen,
144 dass Unterschiede in den Bildungsleistungen über $\frac{3}{4}$ des langfristigen
145 Wirtschaftswachstums erklären. [13]

146 • Beim Platzausbau in der frühkindlichen Bildung gilt: Für jeden Euro, den
147 der Staat für frühkindliche Bildung ausgibt, nimmt er zwei Euro ein. [14]

148 • Untersuchungen der finanziellen Auswirkungen eines Investitionsprogramms
149 in Kitas und Ganztagschulen legen nahe, dass Investitionen in diesen
150 Bereichen eine Rendite für die Staatskasse von mehr als 10 Prozent
151 abwerfen. [15] [16] Das ist ähnlich profitabel wie Investitionen an der
152 Börse.

153 • Würde man das Startchancenprogramm auf 40% aller Schulen in Deutschland
154 ausweiten, dann würde das Programm nach Abzug der Kosten ein Plus von
155 102,4 Milliarden Euro für die Staatskasse bedeuten. Die entstehenden
156 Kosten sind dabei schon abgezogen worden. [17]

157 Ein Großteil der zu tätigen Ausgaben sind Personalkosten. Den Berechnungen
158 liegt die ökonomische Annahme zugrunde, dass es sich auch bei den Personalkosten
159 um Investitionen handelt, da sie das Humankapital der kommenden Generationen und
160 so auch das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft stärken. [18]

161 Die Zeche zahlen

162 Mit der im März beschlossenen veränderten Schuldenbremsenregelung haben CDU, SPD
163 und GRÜNE im Bund nun einerseits die Möglichkeit geschaffen, Investitionen in
164 die Infrastruktur zu tätigen und durch die Lockerung der Schuldenbremse
165 zugunsten von Verteidigungsausgaben mehr Spielraum im Bundeshaushalt geschaffen.
166 Dank grünem Verhandlungsgeschick müssen die 500 Milliarden Euro Infrastruktur-
167 Sondervermögen für zusätzliche Investitionen getätigt werden. Andererseits soll
168 lediglich ein Fünftel der 500 Milliarden Euro Investitionsmittel an die Länder
169 und Kommunen gehen, obwohl der Hauptteil staatlicher Infrastrukturinvestitionen
170 von Ländern und Kommunen getätigt wird. Es besteht die Gefahr, dass die kürzlich

171 beschlossenen Änderungen der Schuldenregelungen unserem Bildungssystem nur in
172 sehr geringem Maße zugutekommen.

173 Zwar ist die Finanzierung von Schulen und Kitas originäre Aufgabe der Länder und
174 Kommunen, allerdings hängen deren finanzielle Spielräume maßgeblich vom Bund ab.
175 Die Kommunen haben vielerorts seit mehreren Jahrzehnten nicht genügend Geld, um
176 ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Und die Länder können sich
177 dieser Tage – einfach gesagt – nur entscheiden, ob sie bei Schule, Polizei oder
178 Verkehr den Rotstift ansetzen. Sie haben keinen größeren Einfluss auf ihre
179 Einnahmen, sondern hängen maßgeblich von der Steuer- und Finanzpolitik des
180 Bundes ab. [19]

181 Hinzu kommt, dass vor allem der Bund von Investitionen in Bildung profitieren
182 wird, da die zusätzlichen Steuerermehreinnahmen vor allem überproportional beim
183 Bund ankommen. [20]

184 **Bund in die Pflicht nehmen**

185 Deswegen ist nun der Bund gefragt: Die Bundesregierung muss zusammen mit den
186 Ländern und Kommunen die Finanzierung der Bildung in Deutschland neu aufstellen
187 und die Länder und Kommunen finanziell in die Lage versetzen, ihren Aufgaben
188 gerecht zu werden. Dazu brauchen Länder und Kommunen in ihren Haushalten
189 dauerhaft mehr Finanzmittel für Bildungsausgaben. Die Stellschrauben dazu liegen
190 beim Bund. Nur so ist es möglich, Bildung in Deutschland nicht nur auf dem
191 bisherigen Stand zu halten, sondern auf ein Niveau zu heben, das es langfristig
192 braucht, um im internationalen Vergleich mithalten und im besten Falle
193 voranschreiten zu können.

194 Mit dem Startchancenprogramm und dem Digitalpakt 2.0 werden nun von Bund und
195 Ländern zusammen zwei wichtige grüne Vorhaben umgesetzt, um Bildungsteilhabe und
196 Digitalisierung in den Schulen zu fördern. Und auch die Weiterführung des Kita-
197 Qualitätsgesetzes ist in der aktuellen Haushaltslage ein grüner Erfolg innerhalb
198 der Ampel-Regierung gewesen. Gemessen am Bedarf und der Haushaltslage der Länder
199 und Kommunen, kann das jedoch nur der Anfang sein. Wenn der Bund die Zukunft der
200 Bildung ernst nimmt, muss er ein Vielfaches von dem bisherigen Finanzvolumen in
201 Kita, Schule und Jugendhilfe stecken und die Mittel dauerhaft absichern.

202 Ohne mehr Geld wird die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zu einer
203 unlösbaren Aufgabe. Es braucht ein klares Commitment von Politik und
204 Gesellschaft, zukünftig mehr Geld für Bildung in die Hand zu nehmen. Wir müssen
205 unser Bildungssystem zukunftsfähig machen, um Deutschland zukunftsfähig zu
206 machen.

207 **Bildungsfinanzierung neu aufstellen**

208 Länder und Kommunen sollen auch weiterhin verantwortlich für Bildung sein.
209 Gleichzeitig müssen sie finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe zu
210 bewältigen. Dazu muss der Bund dauerhaft in die Bildungsfinanzierung einsteigen.

211 Bei der durch den Bund anzustoßenden Neuaufstellung der Bildungsfinanzierung
212 sollten folgende Bausteine berücksichtigt werden:

- 213 • Mehr Geld für Bildung: Der Bund muss langfristig in die Finanzierung der
214 Bildung in Kita und Schule einsteigen, für Infrastruktur und Personal.
215 Neben den 127 Milliarden Euro, die zur Instandhaltung des Bildungssystems
216 notwendig sind, muss dauerhaft wesentlich mehr öffentliches Geld für
217 Bildung in die Hand genommen werden.
- 218 • Sondervermögen nutzen: Mit den Änderungen der Schuldenbremse erhält die
219 zukünftige Regierungskoalition im Bund haushälterische Spielräume, von
220 denen die Ampel nur träumen durfte. Neben den Investitionen in Klimaschutz
221 und die Bahn, sollte Schwarz-Rot das Sondervermögen unter anderem für die
222 Bundesbeteiligung an Bildungskosten nutzen – zusätzlich zu den 100
223 Milliarden Euro, die die Länder und Kommunen bekommen.
- 224 • Grundgesetz ändern: Artikel 104c des Grundgesetzes sieht bereits vor, dass
225 der Bund befristet Investitionen in Bildung finanzieren darf. Das
226 Grundgesetz muss endlich dahingehend geändert werden, dass der Bund den
227 Ländern auch dauerhafte Finanzhilfen zur Sicherstellung der
228 Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zur
229 Verfügung stellen darf.
- 230 • Länder und Kommunen einen größeren Teil des Steuerkuchens bereitstellen:
231 Die Hauptverantwortung für Bildung liegt auch in Zukunft bei Ländern und
232 Kommunen. Da die Aufgaben im Zusammenhang mit Bildung jedoch steigen,
233 müssen die Anteile der Kommunen und der Länder an Gemeinschaftsteuern
234 (Umsatzsteuer, Einkommensteuer usw.) erhöht werden.
- 235 • Altschulden übernehmen: Dank grünem Einsatz kommt in Nordrhein-Westfalen
236 nun die Altschuldenlösung für Kommunen. Das Land übernimmt einen Teil der
237 Schulden von besonders verschuldeten Kommunen. In der derzeitigen
238 Haushaltslage des Landes ist das ein großer Erfolg. Nun muss der Bund, wie
239 versprochen, seinen Teil der Verantwortung tragen und ebenfalls
240 Altschulden der Kommunen übernehmen.
- 241 • Update der Schuldenbremse: Investitionen in Bildung sind rentabel. Sie
242 führen zu mehr und besserer Beschäftigung und generieren so auch höhere
243 Steuereinnahmen. Daher kann ein Teil der Investitionen auch aus Krediten
244 finanziert werden.
- 245 • Milliardärssteuer einführen: Wenn die staatlichen Leistungen steigen, z.B.
246 durch Rechtsansprüche, kann die Erhöhung von Steuereinnahmen legitim sein.
247 Durch eine derzeit sehr geringe Besteuerung der Vermögen von Superreichen,
248 wie im Bundestagswahlkampf von den Grünen gefordert, könnte mehr
249 Steuereinnahmen generiert werden, die wiederum zur Finanzierung der
250 Bildung genutzt werden könnten.
- 251 • Dauerhafte Planbarkeit: Mit befristeten Finanzmitteln lassen sich nur
252 schwer attraktive Vertragsbedingungen für dringend notwendige Fachkräfte
253 gestalten. Einmalige Anschaffungen von iPads sind zwar gut, allerdings
254 müssen die Geräte gewartet, repariert und nach einiger Zeit auch ersetzt

255 werden. Der Bund muss Ländern und Kommunen dauerhaft bei derartigen Kosten
256 unter die Arme greifen.

- 257 • Sozialindex statt Gießkanne: Finanzielle Bedarfe bestehen bei nahezu allen
258 Kitas und Schulen. Von einer Neuaufstellung der Bildungsfinanzierung
259 sollten alle Kita-Kinder und Schüler*innen in Deutschland profitieren. An
260 einigen Standorten sind die Bedarfe, die Kinder und ihre Familien mit ins
261 System bringen, jedoch größer als an anderen. Deswegen ist es notwendig,
262 die Mittel nach sozioökonomischen Kriterien auf die Länder sowie innerhalb
263 der Länder auf die Kommunen bzw. Bildungseinrichtungen zu verteilen, so
264 wie dies beispielsweise bei den Startchancen-Mitteln in Säule I bereits
265 der Fall ist. Diese werden nach sozioökonomischen Kriterien auf die Länder
266 verteilt und innerhalb von NRW gemäß Schulsozialindex. Eine derartige
267 Verteilung berücksichtigt, dass Länder in Ländern wie Nordrhein-Westfalen
268 beispielsweise mehr Kinder in Armut aufwachsen als in anderen Ländern.
269 Auch für die frühkindlichen Bildung braucht einen Sozialindex, damit die
270 Kitas, in denen viele Familien belastet sind, über mehr finanzielle
271 Ressourcen verfügen und dadurch mehr pädagogische Mitarbeiter*innen
272 einstellen können.
- 273 • Nicht noch ein Förderprogramm: Zwar könnte der Bund auch Förderprogramme
274 für Länder und Kommunen in nie dagewesenem Ausmaß auflegen, um Gebäude und
275 Personal zu finanzieren. Allerdings verursachen Förderprogramme einen
276 enormen bürokratischen Aufwand bei allen Beteiligten. Außerdem werden
277 Förderprogramme in der Regel mit Co-Finanzierungsvorgaben verknüpft, was
278 im Extremfall dazu führen könnte, dass Fördermittel mangels Co-
279 Finanzierungsmöglichkeiten nicht abgerufen werden. Der Bund muss eine
280 langfristige und verlässliche Finanzierung an die Länder sicherstellen.
281 Bürokratische Förderprogramme helfen hier nicht weiter.

282 Gründe für gute Bildung gibt es genug und mit einer starken und durchdachten
283 Finanzierung investieren wir nicht nur in Kinder und Jugendliche, sondern in
284 unsere Gesellschaft als Ganzes. Wir investieren in Bildung, Wachstum und unsere
285 Demokratie. Nur durch eine Bildung, die Kinder und Jugendliche in ihren
286 Kompetenzen zur aktiven und reflektierten Mitgestaltung stärkt, stärken wir
287 langfristig auch die Grundpfeiler der Demokratie.

Begründung

Quellen:

[1] Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): Bildungsbericht 2024, S. 168, <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024>

[2] Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): Bildungsbericht 2024, S. 47 ff., <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024>

[3] El-Mafaalani et. al. (2025): Kinder – Minderheiten ohne Schutz, S. 150

- [4] Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Tabellen/ausgaben-oeffentliche-haushalte.html>
- [5] Heilmann et al. (2024): Was kostet eine sichere, lebenswerte und nachhaltige Zukunft?, <https://dezernatzukunft.org/was-kostet-eine-sichere-lebenswerte-und-nachhaltige-zukunft/>
- [6] El-Mafaalani et. al. (2025): Kinder – Minderheiten ohne Schutz, S. 50
- [7] OECD (2019): OECD Lernkompass 2023 (bereitgestellt durch die Bertelsmann Stiftung), <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/oecd-lernkompass-2030-all>
- [8] Krebs und Scheffel (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Oeffentliche-_Investitionen_und_inklusive_Wachstum.pdf
- [9] Krebs und Scheffel (2017): Lohnende Investitionen, https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/vwl_Perspektiven_der_Wirtschaftspolitik_-_Lohnende_Investitionen.pdf
- [10] Weßler-Poßberg et. al. (2024), Ökonomische und Volkswirtschaftliche Effekte von Kindertagesbetreuung (Prognos AG im Auftrag des BMFSFJ), <https://www.fruehe-chancen.de/themen/qualitaetsentwicklung/oekonomische-und-volkswirtschaftliche-effekte-von-kindertagesbetreuung>
- [11] Krebs und Scheffel (2016): Quantifizierung der Gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen (im Auftrag des BMWi), https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/quantifizierung-der-gesamtwirtschaftlichen-und-fiskalischen-effekte-ausgewaehlder-infrastruktur-und-bildungsinvestitionen.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- [12] Krebs und Scheffel (2017): Lohnende Investitionen, https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/vwl_Perspektiven_der_Wirtschaftspolitik_-_Lohnende_Investitionen.pdf
- [13] Wößmann (ifo institut) (2025): Bildungsleistungen verbessern, Chancengerechtigkeit erhöhen, <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2025-01-woessmann-bundestagswahl-bildungsleistung-chancengerechtigkeit.pdf>
- [14] Fritschi und Oesch (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/39377/ssoar-2008-fritschi_et_al-Volkswirtschaftlicher_Nutzen_von_fruhkindlicher_Bildung.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2008-fritschi_et_al-Volkswirtschaftlicher_Nutzen_von_fruhkindlicher_Bildung.pdf
- [15] Krebs und Scheffel (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Oeffentliche-_Investitionen_und_inklusive_Wachstum.pdf
- [16] Krebs und Scheffel (2017): Lohnende Investitionen, https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/vwl_Perspektiven_der_Wirtschaftspolitik_-_Lohnende_Investitionen.pdf
- [17] Geis-Thöne und Plünnecke (2024), Investitionen in Kinder wirkungsvoll gestalten (im Auftrag des Deutschen Komitee für UNICEF e.V.), <https://www.iwkoeln.de/studien/wido-geis-thoene-axel-pluennecke-investitionen-in-kinder-wirkungsvoll-gestalten.html>
- [18] Krebs und Scheffel (2016): Quantifizierung der Gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen (im Auftrag des BMWi), https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/quantifizierung-der-gesamtwirtschaftlichen-und-fiskalischen-effekte-ausgewaehlder-infrastruktur-und-bildungsinvestitionen.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- [19] Deutschlandfunk (2022): Wie sich die Bundesländer finanzieren, <https://www.deutschlandfunk.de/laenderfinanzen-woher-kommt-das-geld-100.html>

[20] Weßler-Poßberg et. al. (2024), Ökonomische und Volkswirtschaftliche Effekte von Kindertagesbetreuung (Prognos AG im Auftrag des BMFSFJ), <https://www.fruehe-chancen.de/themen/qualitaetsentwicklung/oekonomische-und-volkswirtschaftliche-effekte-von-kindertagesbetreuung>

Unterstützer*innen

Laura Jane Buschhoff (KV Düsseldorf); Vera Kropp (KV Duisburg); Lucy Stedwell (KV Aachen); Annette Pietsch (KV Duisburg); David Freudenhammer (KV Duisburg); Melanie Ellberg-Koch (KV Duisburg); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Jennifer Otterbein (KV Duisburg); Matthias Schneider (KV Duisburg); Eileen Woestmann (KV Köln); Lilith Laura Schirp (KV Düsseldorf); Alisa Draken (KV Duisburg); Gönül Eglence (KV Essen); Thomas Hanke (KV Duisburg); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Katrin Rose (KV Duisburg); Daniel Jost (KV Bonn); Maja Semrau (KV Köln); Denise Frings (KV Wuppertal); Hans Schwanitz (KV Köln); Petra Balje (KV Gelsenkirchen); Petra Pinger (OV Köln-Innenstadt/Deutz); Floris Rudolph (KV Köln); Carmen Humboldt (KV Köln); Ismail Arabaci (KV Köln); Christopher Horne (KV Köln); Antje Westhues (KV Bochum); Katja Poredda (KV Köln); Anja Lamodke (KV Bonn); Florim Iseini (LV Grüne Jugend NRW); Olaf Nolden (KV Köln); Nils Lombardo (KV Rhein-Erft-Kreis)